

31. Steuerrechtliche Jahresarbeitsstagung Wiesbaden, vom 28. bis 30. April 1980

Aktuelle Fragen der Steuergesetzgebung

Ministerialdirektor Dr. Karl Koch, Bonn Bundesfinanzministerium

- I. Die Warnung vor der „Gesetzesfabrik“
- II. Aus der Tätigkeit der „Gesetzesfabrik“
 1. Neuregelung der Einkommensbesteuerung der Landwirtschaft
 2. Erhöhung der Bergmannsprämien
 3. Das sog. Artikelgesetz
 4. Steuerliche Maßnahmen zugunsten des Sports und kultureller Veranstaltungen
 5. Der Gesetzentwurf zur Änderung und Vereinfachung des Einkommensteuergesetzes und anderer Gesetze
 6. Gesetzentwürfe zur Abschaffung von Bagatellsteuern
 7. Sonstige Gesetzesvorschläge
- III. Die geplanten Steuerentlastungen für 1981
- IV. Maßnahmen zur Eindämmung der Gesetzesflut

Ertragsbesteuerung von Optionsrechten

Dieter Rönitz, Präsident des Finanzgerichts Düsseldorf

- I. Einleitung
 1. Der Begriff des Optionsrechts
 2. Die Bedeutung des Optionsrechts in der Ertragsbesteuerung
- II. Der Optionsvertrag als betrieblicher Vorgang
 1. Die Kaufoption
 - a) Die Behandlung beim Berechtigten
 - b) Die Behandlung beim Verpflichteten
 2. Die Verkaufsoption
 - a) Die Behandlung beim Berechtigten
 - b) Die Behandlung beim Verpflichteten
- III. Das Optionsrecht im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses
- IV. Der Optionsvertrag als privater Vorgang
 1. Die Kaufoption
 - a) Die Behandlung beim Berechtigten
 - b) Die Behandlung beim Verpflichteten
 2. Die Verkaufsoption
 - a) Die Behandlung beim Berechtigten
 - b) Die Behandlung beim Verpflichteten

Doppel- und Nichtbesteuerung von grenzüberschreitenden Geschäften nach dem Umsatzsteuergesetz 1980

Ministerialrat Dr. Rembert Schwarze, Düsseldorf Finanzministerium des Landes NRW

- I. Bedeutung des Ortes der sonstigen Leistung (§ 3 a UStG)
 1. Betriebsort des Leistenden
 2. Betriebsort des Leistungsempfängers
 3. Leistungen im Zusammenhang mit einem Grundstück
 4. Vermietung beweglicher körperlicher Gegenstände
 5. Verknüpfung mit dem Tätigkeitsort
- II. Fälle von Doppelbesteuerungen und Nichtbesteuerungen
 1. Auswirkungen innerhalb der EG
 2. Auswirkungen gegenüber Drittstaaten
 3. Grenzüberschreitende Organschaft
 4. Abweichungen des UStG 1980 von der 6. EG-Richtlinie
- III. Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen
 1. Bedeutung der Ausnahmeregelung nach § 1 UStDV 1980 (Verlegung an den Ort der Nutzung oder Auswertung)
 2. Möglichkeiten nach § 29 UStG (Umstellung langfristiger Verträge)
 3. Vorsteuererstattung über die Grenze
 4. Gesetzgeberische Möglichkeiten
 5. Vertragliche Gestaltungsfragen

Die steuerlichen Auswirkungen von materiellen und finanzierungstechnischen Änderungen betrieblicher Versorgungswerke

Rechtsanwalt Peter Ahrend Fachanwalt für Steuerrecht, Wiesbaden

- A. Einleitung: Ursachen für die Änderungen in der betrieblichen Altersversorgung
 - I. Arbeitsrechtliche Änderungen
 1. Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats
 2. Geänderte Rechtsverhältnisse bei Unterstützungskassen
 3. Die Rechtsprechung zur Anpassung laufender Versorgungsleistungen
 4. Haftung der Unternehmer für Risiken der betrieblichen Altersversorgung
 - II. Struktureller Wandel in der Sozialversicherung
 - III. Restriktionen im Steuerrecht
 - IV. Psychologische Ursachen
 - V. Konjunkturelles Umfeld
- B. Die steuerlichen Auswirkungen von materiellen und finanzierungstechnischen Änderungen betrieblicher Versorgungswerke
 - I. Materielle Änderungen
 1. Personenbezogene Änderungen
Erweiterung — Einengung — Schließung von Versorgungswerken
 2. Leistungsbezogene Änderungen
Leistungsvoraussetzungen — Leistungsarten — Leistungsformen — Leistungshöhe
 3. Systembedingte Änderungen
Leistungsstrukturen — Rentenformeln — Pensionierungsverhalten — Anpassungsproblematik — Leistungsvorbehalte
 - II. Finanzierungstechnische Änderungen
 1. Änderungen innerhalb einzelner Gestaltungsformen
 - a) Die Ausübung von Wahlrechten bei der Rückstellungsbildung
 - b) Auflösungsverbot
 - c) Endalterwechsel (auch Gesellschafter-Geschäftsführer)
 - d) Anrechnung von Vordienstzeiten — Verteilungsmodus

- e) Abschluss von Rückdeckungsversicherungen als ergänzende Finanzierungsmaßnahme
- f) Gesetzliche Bewertungsänderung im Substanzsteuerbereich (§ 104 BewG n.F.) 1.7. Einführung der Witwerrente
- g) Auswirkungen des 20. und 21. Rentenanpassungsgesetzes
- 2. Wechsel von Gestaltungsformen
 - a) Wechsel von Unterstützungskasse zu Pensionszusage
 - b) Wechsel von Unterstützungskasse zu Direktversicherung
 - c) Wechsel von Pensionsverpflichtungen zu Unterstützungskasse bzw. zu Direktversicherungen
- III. Steuerliche Auswirkungen materieller Änderungen
 - 1. Ertragsteuerliche Auswirkungen
 - 2. Substanzsteuerliche Auswirkungen
 - 3. Auswirkungen in der Arbeitnehmersphäre
 - a) Zuführungen zur Pensionsrückstellung
 - b) Unverfallbare Anwartschaften
 - c) Abfindungen gemäß § 3 BetrAVG
 - d) Übertragungen gemäß § 4 BetrAVG
- IV. Steuerliche Auswirkungen finanzierungstechnischer Änderungen
 - 1. Stichtagsbezogene Auswirkungen
 - 2. Auswirkungen im Zeitablauf
 - a) Finanzierungsverläufe beider Rückstellungsbildung und bei der Unterstützungskasse
 - b) Finanzierungsverlauf bei kontrollierten Festrentensystemen
 - c) Pensionszusage und Unterstützungskasse als gemeinsame Versorgungsträger
 - d) Direktversicherungsstufe innerhalb eines Zusagesystems
- C. Bilanzfelle und betriebswirtschaftliche Konsequenzen der steuerlichen Änderungen
- D. Realisierung von Systemänderungen
- E. Zusammenfassung

Probleme des internationalen Auskunftsverkehrs

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht, Helmut Becker, Düsseldorf

- I. Zunehmende Bedeutung des zwischenstaatlichen Auskunftsverkehrs
- II. Rechtsgrundlage und Auskunftsarten
- III. Steuergeheimnis als Angelpunkt des Auskunftsverkehrs
 - Grundsatzüberlegungen
 - Neukommentierung des OECD-Musterabkommens
 - EG-Auskunftsrichtlinien
- IV. Geplantes BMF-Merkblatt zum internationalen Auskunftsverkehr
 - Verhältnis der DBA zum nationalen Recht
 - Problembereich Kurzanfragen
 - Steuer- und Geschäftsgeheimnis bei verbundenen Unternehmen
- V. Rechtsschutz und Rechtsdurchsetzung
 - Aktivlegitimation
 - Passivlegitimation
 - Gerichtsstand
 - Klageart und Klageantrag

Korreferat zum Referat Becker

Dr. Berndt Runge, Bonn, Bundesfinanzministerium

Der zwischenstaatliche Informationsaustausch in Steuersachen

- I. Wirtschaftlicher Hintergrund
- II. „Gefahr“ der Doppelbesteuerung
- III. Rechtsgrundlagen und Umfang der zwischenstaatlichen Rechts- und Amtshilfe
 1. Völkerrechtliche Vereinbarungen
 2. EG-Amtshilferichtlinie
 3. § 117 AO
 4. Kurzanfrage
- IV. Durchführung des Informationsaustauschs
- V. Grenzen des zwischenstaatlichen Informationsaustauschs
- VI. Rechtsschutz und Rechtsdurchsetzung

Liebhaberei

Prof. Dr. Heinrich Wilhelm Kruse, Bochum

- I. Bestandsaufnahme
 1. Begriff der Liebhaberei
 2. Erscheinungsformen der Liebhaberei
 3. Steuerrechtsfolgen der Liebhaberei
 4. Kriterien der Liebhaberei
 5. Einzelheiten aus der Rechtsprechung
- II. Rechtsgrundlagen
 1. Gesetzliche Verbote des Verlustausgleichs
 2. Fiskalische Begründungen
 3. Kritik der Begründungen
 - a) Zum fiskalischen Zweck der Steuergesetze
 - b) Zur Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit
 - c) Zur ergänzenden Rechtsfortbildung
- III. Tragfähige Begründungen der Liebhaberei
 1. Liebhaberei im Bereich der Gewinneinkünfte
 2. Liebhaberei im Bereich der Überschusseinkünfte

Korreferat zum Referat Prof. Dr. Kruse

Ministerialrat Dr. Günter Söffing, Bonn, Bundesfinanzministerium

- I. Allgemeines zum Wort Liebhaberei
 1. Liebhaberei — Rechthaberei
 2. Der Wortsinn
- II. Die unterschiedlichen Auffassungen über den Begriff „Liebhaberei“
 1. Die objektiviert und die subjektive Betrachtungsweise
- III. Kritik an der objektivierten Betrachtungsweise
 1. Fälle, in denen man nach der objektivierten Betrachtungsweise eigentlich Liebhaberei annehmen musste
 2. Kurioses Ergebnis
 3. Keine Rechtfertigung für die objektivierende Betrachtungsweise

IV. Eigene Ansicht

1. Absicht der Erzielung von positiven Einkünften
2. Rechtfertigung der subjektiven Betrachtungsweise
3. Das BdF-Schreiben vom 7.2.1979

Zur zeitgemäßen Gestaltung der Gesellschafternachfolge bei Personen- und Kapitalgesellschaften

Rechtsanwalt und Notar, Fachanwalt für Steuerrecht Dr. Jürgen Ebeling, Hannover

Einleitung

- I. Überlegungen zur Wahl der Unternehmensform im Zusammenhang mit der Beteiligung von Familienangehörigen
 1. Schenkung von Kapitalgesellschaftsanteilen gegen Nießbrauchs- und Stimmrechtsvorbehalt sowie Übernahme der auf die geschenkten Kapitalgesellschaftsanteile entfallenden Vermögensteuer
 2. Schenkung eines negativen Personengesellschaftsanteils
 3. Zinslosigkeit einer Darlehensschuld
 4. Schenkungsteuerliche Bewertung eines unter Verwandten gewährten hochverzinslichen Darlehens
 5. Betriebsverpachtung — Betriebsaufgabe — Betriebsaufspaltung von Familienunternehmen
 6. Zur Abgrenzung zwischen Betriebsaufgabe und Betriebsverpachtung
 7. Betriebsaufspaltung zwischen zwei beteiligungsidentischen Kapitalgesellschaften
 8. Gesellschafterdarlehen als haftendes Stammkapital
- II. Die erbrechtliche Absicherung der Gesellschafternachfolge
 1. Aufspaltung in zwei Kapitalgesellschaften
 2. Vorbereitung einer späteren Veräußerung von Kapitalgesellschaftsbeteiligungen
 3. Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung einer Familienkapitalgesellschaft und für die Zurechnung von Gewinn-Ausschüttungen
- III. Vorbereitung und Gestaltung der Erbauseinandersetzung unter steuerlichen Gesichtspunkten
 1. Vorausvermächtnis oder Teilungsanordnung aus erbschaftssteuerlicher Sicht
 2. Die Teilungsanordnung in der ertragsteuerlichen Beurteilung
 3. Zur Testamentsvollstreckung

Korreferat zum Referat Dr. Ebeling

Regierungsdirektor Dr. J. Nolte, Bonn, Bundesfinanzministerium

Aktuelle erbschaftsteuerliche Fragen

- I. Zinslosigkeit eines Darlehens
- II. Geldschenkung oder Sachschenkung
- III. Versorgungsfreibetrag
- IV. Familienstiftungen
- V. Neuregelungen im sog. „Omnibusgesetz“
 1. Pauschbetrag für Nachlassverbindlichkeiten
 2. Neuregelungen im Bereich der Steuerklassen
 3. Vermögensübertragungen unter Nießbrauchsvorbehalt — § 25 ErbStG neu

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat Dr. Ebeling und Korreferat Dr. Nolte

Teilnehmer der Aussprache:

Dr. Ebeling, Hannover

Dr. Nolte, Bonn

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Klaus Hessler, Bochum

Die Kapitalgesellschaft und ihre Gesellschafter in der neueren Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes

Dr. Georg Döllerer, München, Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof

- I. Gründung der Kapitalgesellschaft
 1. Nutzungsrecht als Sacheinlage
 - a) Zweite EG-Richtlinie
 - b) BFH-Urteil vom 16.11.1977
 - c) Feststellbarer wirtschaftlicher Wert
 - d) Bewertung des Nutzungsrechts
 2. Besteuerung des Gesellschafters
 3. Das Nutzungsrecht als verdeckte Einlage
 4. Anrechnungsverfahren
- II. Verdeckte Gewinnausschüttung durch Erwerb eigener Anteile
 1. Die Rechtsnatur der eigenen Anteile
 2. Der Fall des I. Senats
 3. Der Fall des VIII. Senats
 4. Anrechnungsverfahren
- III. Vorabausschüttungen
 1. Zurückzahlung einer Vorabausschüttung
 2. Anrechnungsverfahren
- IV. Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln
 1. Kapitalgesellschaft im Ausland
 2. Kapitalgesellschaft im Inland
 - a) Voraussetzung für die Steuerfreiheit
 - b) Anrechnungsverfahren
- V. Kapitalherabsetzung
 1. Kapitalzurückzahlung beim Gewinnanteil
 2. Anrechnungsverfahren
- VI. Auflösung der Kapitalgesellschaft
 1. Gewinnverwirklichung beim Gesellschafter
 2. Anrechnungsverfahren

Korreferat zum Referat Dr. Döllerer

Dr. Arndt Raupach, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht, München

- I. Stellungnahme zu den von Döllerer behandelten Fragenkomplexen
 1. Die Einlage von Nutzungen
 2. Verdeckte Gewinnausschüttung durch Erwerb eigener Aktien
 - a) Erwerb eigener Aktien, um das Eindringen Dritter abzuwehren
 - b) Gleichmäßiger Erwerb eigener Anteile von allen Gesellschaftern
 3. Die Rückzahlung von Gewinnausschüttungen

- II. Entwicklungen im Leben der Kapitalgesellschaft unter Berücksichtigung des Anrechnungsverfahrens
 1. Eigenkapitalgliederung bei Gründung der Kapitalgesellschaft?
 2. Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln
 3. Kapitalherabsetzung und Liquidation

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat Dr. Döllerer und Korreferat Dr. Raupach

Teilnehmer der Aussprache:

Dr. Georg Döllerer, München

Dr. Arndt Raupach, München

Bearbeitung der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Klaus Hessler, Bochum

Kongruenzen und Inkongruenzen zwischen Steuerbilanz und verwendbarem Eigenkapital

Referenten und Bearbeiter der Arbeitsunterlage:

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Bruno Gassner, Stuttgart

Ministerialrat Dr. Siegfried Widmann, München, Bayer. Staatsministerium der Finanzen

1. Übereinstimmung mit der Steuerbilanz als Grundsatz
2. Im KStG vorgesehene Abweichungen
 - 2.1. Körperschaftsteuer-Änderung nach § 27 KStG
 - 2.2. Im Nennkapital enthaltenes verwendbares Eigenkapital
3. Beispielfälle für mögliche Differenzen
 - 3.1. Schuldposten wegen später fälliger offener oder verdeckter Gewinnausschüttungen
 - 3.2. Vorabausschüttungen
 - 3.3. Beteiligung an in- und ausländischen Personengesellschaften
 - 3.4. Zeitliche Inkongruenzen bei abweichendem Wirtschaftsjahr des Organträgers
 - 3.5. Rücklagenbildung bei Organgesellschaften
 - 3.6. Gewinnberichtigungen nach AStG oder aufgrund von DBA

Neue Entwicklungen und Rechtsfortbildung im Kommanditgesellschaftsrecht, die „moderne“ Gestaltung der Kommanditgesellschaft

Dr. Alfred Kellermann, Karlsruhe, Richter am Bundesgerichtshof

- I. Einleitung
- II. Die Beteiligung als Kommanditist im allgemeinen
 1. Die unmittelbare Beteiligung mit „Vertreterklausel“
 2. Die mittelbare Beteiligung
 3. Die treuhänderische Sicherungsabtretung der Kommanditbeteiligung
- III. Gesellschafterdarlehen und stille Beteiligung als gesellschaftsvertragliche Einlagepflicht des Kommanditisten
- IV. Wahl der Abschlussprüfer nach dem Publizitätsgesetz
- V. Gesellschafterrisiko und Gläubigerschutz
 1. Mittelbare Rückzahlung der Einlage und Kommanditistenhaftung
 2. Gesellschafterdarlehen und Ersatzformen in der GmbH & Co. KG; die Anwendbarkeit der §§ 30, 31 GmbHG und ihre Grenzen

VI. Die Haftung der Gesellschafter in einer unterkapitalisierten GmbH & Co. KG

VII. Firmierung und Haftung

Die Personengesellschaft als Konzernunternehmen

Prof. Dr. Uwe H. Schneider, Darmstadt/Mainz

- I. Das Entstehen eines Sonderrechts
- II. Der Regelungsgegenstand des Konzernrechts
- III. Die Fragestellung
- IV. Die Personengesellschaft als herrschendes Unternehmen im Konzern
 1. Die Personengesellschaft als beteiligte Gesellschaft
 2. Die Personengesellschaft als herrschendes Unternehmen
 - a) Die Zuständigkeitsordnung des herrschenden Unternehmens
 - (i) Die Zuständigkeit zur Konzernleitung
 - (ii) Die Pflicht zur Konzernleitung
 - b) Die Vermögensordnung des herrschenden Unternehmens
- V. Die Personengesellschaft als abhängiges Unternehmen
 1. Die Entstehung der Abhängigkeitslage
 2. Die Personengesellschaft als beherrschtes Unternehmen im Konzern
 - a) Die Fragestellung
 - b) Die Konzernbildung
 3. Die Haftung des herrschenden Unternehmens
 - a) Das Problem
 - b) Die unmittelbare Haftung des herrschenden Unternehmens gegenüber den Gläubigern des beherrschten Unternehmens
 - c) Die Haftung gegenüber dem beherrschten Konzernunternehmen
 - (i) Die gesetzliche Regelung im Aktiengesetz
 - (ii) Die Regelung im Personengesellschaftsrecht
 - (a) Umkehr der Beweislast im qualifizierten Konzern
 - (b) Verlustausgleich im qualifizierten Konzern
 - (iii) Die Haftung der gesetzlichen Vertreter des herrsche

Steuerliche Probleme bei kapitalistisch verfassten Kommanditgesellschaften

Ministerialdirigent Dr. Adalbert Uelner, Bonn, Bundesfinanzministerium

- I. Vorbemerkung
- II. Zum Begriff „Kapitalistische Kommanditgesellschaft“
 1. Zur Typologie der kapitalistischen KG
 2. Die kapitalistische KG als Personengesellschaft
 3. Abgrenzung von der personalistischen KG
- III. Die kapitalistische KG als Mitunternehmerschaft?
 1. Allgemeines
 2. Kapitalgeber als bürgerlich-rechtliche Gesellschafter
 3. Kapitalanleger als Kapital-Treugeber
 4. Ergebnis
 5. Verhältnis zu dem neuen § 15 a EStG
- IV. Anwendung der Gepräge-Rechtsprechung auf die kapitalistisch verfasste KG
 1. Gewerbliche Betätigung wegen „Prägung“ durch eine Komplementär-GmbH
 2. Sonderproblem: Prägung durch eine Komplementär-GmbH u. Co. KG

- V. Zur Mitunternehmerschaft des Kommanditisten
 - 1. Allgemeine Problematik
 - 2. Der Treuhänder-Kommanditist
 - 3. Der Treugeber-Kommanditist
 - 4. Die atypische Unterbeteiligung
 - 5. Verfahrensfragen

- VI. Sonderproblem: Konzeptionskosten und Vermittlungsprovisionen bei Eintritt in eine Gesellschaft
 - 1. Konzeptionskosten
 - 2. Vermittlungsprovisionen

Korreferat zum Referat Dr. Uelner

Dr. Lothar Woerner, München Richter am Bundesfinanzhof

Der Beitragsgedanke in Schrifttum und höchstrichterlicher Rechtsprechung zu § 15 (Abs. 1) Nr. 2 EStG

- I. Vorbemerkung

- II. Entstehung des Beitragsgedankens

- III. Das Problem der Restriktion des Gesetzeswortlauts
 - 1. Entwicklungen im Schrifttum
 - 2. Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs
 - 3. Resümee

- IV. Ein- und Austritt von Gesellschaftern
 - 1. Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs
 - a) Vergütungen für während des Gesellschaftsverhältnisses erbrachte Leistungen
 - b) Unerfüllte Forderungen aus Leistungen vor Eintritt in die Gesellschaft
 - c) Ausscheiden eines Gläubiger-Gesellschafter aus der Gesellschaft
 - 2. Resümee

- V. Schlussbemerkung

Schwerpunkte der „modernen“ personalistischen und insbesondere kapitalistischen Kommanditgesellschaft in handelsrechtlicher und steuerrechtlicher Sicht

Aussprache mit den Teilnehmern an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fällen, Gestaltungen und Hinweisen zu den Referaten

Dr. Kellermann, Prof. Dr. Schneider, Dr. Uelner und
Korreferat zum Referat Dr. Uelner von Dr. Woerner

Leitung:

Prof. Dr. Brigitte Knobbe-Keuk, Bonn

Referenten und Bearbeiter der Arbeitsunterlage:

Richter am BGH Dr. Kellermann, Karlsruhe

Prof. Dr. Schneider, Darmstadt/Mainz

Ministerialdirigent Dr. Uelner, Bonn

Weitere Mitwirkende:

Vorsitzender Richter am BFH Dr. Döllner, München

Richter am BFH Dr. Woerner, München